



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

††: Von der preußischen Grenze.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

barsten geschadet habe, weil derselbe zu den ergiebigsten Flachsgegenden Livlands gehört. Der Preis, welcher durchschnittlich gegen drei Thaler für den Stein beträgt, war wegen mangelnder Ausfuhr auf die Hälfte gesunken und auch dafür fand der Bauer keinen Absatz. Ueberhaupt mag auch bei diesem Geschäft der Nationale arg übervorthelt werden; denn in Fellin leben viele Flachshändler, die den größten Theil des Jahres in reinem Nichtsthun zubringen, und nur in der ersten Hälfte des Winters ihre Commis aufs Land schicken, welche dann mit Hilfe der Branntweinflasche die Bauern zu günstigen Bedingungen bewegen. In's Innere der Stadt zurückgekehrt, fand ich meinen Reisegefährten nicht mehr vor. Dennoch wurde es mir nicht schwer, unter den gemüthlichen Kleinstädtern neue Bekanntschaften zu schließen, und ich verließ endlich das Städtchen mit Befriedigung, weil mir sein gefelliges, zwangloses Leben nach längerem Aufenthalte in Riga wohlgethan hatte.

Von der preussischen Grenze.

Die Krisis in der preussischen Regierung, auf deren Möglichkeit wir seit einigen Wochen hindeuten, scheint schneller einzutreten, als wir selber vermuthet. Das Herrenhaus hat dem Ministerium offen den Fehdehandschuh hingeworfen und es der fortgesetzten Gesekwidrigkeit beschuldigt. Es hat dazu eine Frage von untergeordneter politischer Tragweite benutzt, die Frage: ob die Juden nach der Verfassung das Recht der Standschaft haben? Es hat dieser Frage die Wendung gegeben, daß ein solches Recht nur auf dem Wege der Gesekgebung, nicht durch Ministerialrescripte festgesetzt werden könne. Sonderbarer Weise ist diese Wendung von derjenigen Partei ausgegangen, welche im vorigen Landtag auf der äußersten Rechten saß und, mit dem gegenwärtigen Ministerium darin einig, daß Art. 12 der Verfassungsurkunde eine solche Auslegung geböte oder möglich mache, auf die Streichung jenes Artikels antrug. Die jegige Anschuldigung ist also nicht aus einer Rechtsüberzeugung, sondern aus einem Parteimanöver hervorgegangen.

Warum tritt das Herrenhaus mit seiner Anschuldigung grade jetzt hervor? da das Ministerium durch Einbringung einer neuen Kreisordnung den besten Vorfaß zeigt, die Sache in der That auf legislativem Wege zum Austrag zu bringen! — Wir glauben grade deshalb. Der neue Gesekentwurf ist so durchgreifend, daß bei einer energischen Handhabung desselben die Forderungen, die man von liberaler Seite an das Ministerium stellt, in reichem Maß hätten erfüllt werden können.

Vorausgesetzt freilich, daß das Ministerium bleibe. Denn diese Wiederaufnahme des Stein'schen Gendarmeriedekrets hat freilich seine zwei Seiten: seine Wirkungen ändern sich wesentlich, je nachdem ein reactionaires oder liberales Ministerium die Geschäfte leitet.

Es scheint also, daß die erstere Partei ihre Zeit gekommen glaubt; daß sie bereit ist, auf Befehl Sr. k. Hoheit des Regenten die Geschäfte zu übernehmen und wenigstens einen Theil von der Erbschaft des gegenwärtigen Ministeriums, namentlich das Militairgesetz, anzutreten.

In der That bleibt dem Ministerium kaum etwas anderes übrig, als bei dem Prinzen den Antrag zu stellen, mit dem es hätte anfangen sollen, nämlich die Stimmen der lebenslänglichen Mitglieder des Herrenhauses, die zum großen Theil nach dem Maß ihrer Feindschaft gegen den Liberalismus ernannt wurden, durch Ernennung neuer lebenslänglicher Mitglieder zu paralyßiren. Die Majorität des Herrenhauses scheint darauf zu rechnen, daß der Prinz auf diesen Antrag nicht eingehen und demnach das Ministerium entlassen werde. Vielleicht hat, indem wir dieses schreiben, die Entscheidung bereits stattgefunden.

Unter den particularistischen Blättern Deutschlands herrscht über diese Aussicht große Freude und sie scheinen der Ansicht zu sein, daß ein preußisches Ministerium aus der Feudalpartei ihren Zwecken besser entsprechen werde. Sie vergessen ganz, daß im Allgemeinen die Richtung, welche Preußen in der auswärtigen Politik zu verfolgen hat, von der Parteifarbe ganz unabhängig, vielmehr dem Staat durch seine eigene Natur vorgeschrieben ist. Oder sie rechnen auch so, daß eine Feudalregierung in Preußen unpopulär und daher schwächend für den Staat nach Innen und Außen sein müsse, und lassen es in diesem Hintergedanken an Andeutungen nicht fehlen, daß man von Bundeswegen dieser Partei manches zugestehen könne, was man der entgegengesetzten versagen müsse.

Auf so etwas scheinen auch unsere Tories zu speculiren, denen sonst grade dieser Theil der Erbschaft sehr bedenklich sein müßte. Denn die Lage ist so, daß voraussichtlich in kürzester Frist dem preußischen Volk ungeheuere Opfer zugemuthet werden müssen; und in diesem Augenblick eine Verwaltung an die Spitze zu stellen, die schon durch ihre Antecedentien dem größten Theil des Volkes verhaßt ist und deren olmtüger Glaubensgenossen im auswärtigen Geschäft auch grade keine Vorbeern eingeerntet haben, scheint doch nicht ohne Gefahr.

Daß die Gefahr mit schnellen Schritten herankommt, lehren die neuesten Vorgänge in Italien und der damit zusammenhängende Notenwechsel. Auf eine staatsrechtliche Analyse der Thouvenel'schen Noten an die Großmächte und an die Schweiz oder der Anrede an die angeblichen Abgeordneten des souverainen Volks von Savoyen lassen wir uns nicht ein; es wäre grade so, als ob wir ein Inserat von Mr. Barnum analysiren wollten. Bei dem außerordentlichen Scharfsinn, der sonst Thouvenel's Depeschen auszeichnet, ist anzunehmen, daß man sich gar nicht mehr die Mühe gibt, die wahren Absichten sophistisch zu verstecken. Die Frage der natürlichen Grenzen ist offen gestellt, und damit die Schweiz, Bayern, Preußen, Belgien und Niederland gleichzeitig bedroht. Die Frage ist nur, wer von diesen Mächten zunächst zu fürchten hat?

Die Schweiz hat, was die staatsrechtliche Würdigung der Lage betrifft, unser

Geschäft übernommen; ihre Note vom 19. März enthält alles, was darüber zu sagen ist; sie beweist mit den schlagendsten Gründen, daß die Abtretung Savoyens an Frankreich ohne Einwilligung der Eidgenossenschaft ein flagranter Bruch des Völkerrechts sei. Die Eidgenossenschaft scheint aber nicht gesonnen zu sein, ihr offenbares Recht, die neutralisirten Distrikte Savoyens militärisch zu besetzen, vor dem Einmarsch der Franzosen in Ausübung zu bringen; und nach demselben wird es nicht gehen. Es wäre thöricht, von einem kleinen Staat einen Heroismus zu fordern, der den großen abgeht; hätte die Schweiz aber diesen Heroismus gehabt, so wäre vielleicht damit der Zukunft Europas eine andere Wendung gegeben: einen factischen Widerstand hätten die Großmächte nicht im Stich lassen können. Wie die Sache jetzt steht, halten sich Oestreich und Rußland zurück, und Preußen bloß im Verein mit England würde es schwerlich unternehmen, den Protest bis zu einem Angriffskriege gegen Frankreich zu treiben; am wenigsten in der innern Krisis, in der es jetzt begriffen ist.

So räthselhaft die französische Politik ausseht, so können wir doch Einiges mit Bestimmtheit aus ihr entnehmen. — Unzweifelhaft wäre es Napoleon lieber gewesen, wenn Toscana nicht an Sardinien gefallen wäre. Unzweifelhaft hätte er es hindern können, denn Sardinien würde keinen Bundesgenossen gefunden haben. Unzweifelhaft würde er sich damit Oestreich geneigt gemacht haben, auch in dem Fall, wenn er seinen Vetter nach Florenz geschickt hätte; denn jedes Sardinien angethane Herzeleid würde Oestreich entzückt haben. Er hat es nicht gethan; er hat Sardinien gewähren lassen; ja wir gehn noch weiter: trotz der weisen Lehren, die er am 24. Februar Sardinien ertheilt: ein Staat dürfe sich nicht über das Maß seiner organischen Kräfte hinaus vergrößern, um nicht seinen Schwerpunkt zu verlieren und der Revolution anheim zu fallen; trotz dieser weisen Lehren — die freilich auf Toscana keine Anwendung fanden, die aber Sardinien jetzt sehr ernstlich beherzigen sollte, wo jeder Schritt über die gegenwärtigen Grenzen hinaus in der That den Organismus des Staats verrücken würde — scheint er im Stillen den getreuen Bundesgenossen, mit dem er wieder auf dem besten Fuß steht, gegen Venetien und die Marken aufzureizen; freilich so, daß er selbst die Hände frei behält. Zugleich hat die Gährung in Neapel eine Stärke angenommen, daß dies Land für Murat oder sonst einen reif ist. Das alles sind keine Freundschaftssymptome für Oestreich. — Was hat der Kaiser für einen Zweck dabei? Ohne weiteres einen Angriff auf den Rhein zu unternehmen, solange die Gefahr einer deutsch-europäischen Coalition vorhanden ist, wird er vermeiden. — Entweder denkt er daran, Oestreich durch Sardinien in Schach zu halten, um sich während eines Rheinkriegs seine Neutralität zu sichern; oder er will durch Zertrümmerung Oestreichs sich die Hilfe Rußlands erkaufen. Vielleicht hat er noch einen dritten Gedanken. Vielleicht denkt er an die Möglichkeit, die Rheinprovinz auf eine ähnliche Weise zu erwerben wie Savoyen. Vielleicht hat er grade darum Sardinien geschont; denn es ist nicht zu leugnen, die Kosten des Feldzugs sind für diesen Staat reichlich ersetzt, er ist um das dreifache vergrößert, und es hängt nur von der Regierung ab, ohne Ausdehnung über seine gegenwärtigen Grenzen als nationaler Staat seine innere Kraft zu verzehnfachen.

Natürlich würde dieser letzte Gedanke, wenn er vorhanden sein sollte, an der betreffenden Stelle die gebührende verächtliche Abweisung finden. — Aber wir wollten

dieser Blätter, die mit einem kindischen Hohn darauf hinweisen, wie sehr Preußen Oesterreichs und Deutschlands bedürfe, darauf aufmerksam machen, daß das Bedürfniß ein gegenseitiges ist; ja Oesterreich steht in größerer Gefahr als Preußen.

Denn gesetzt, Preußen wird im Stich gelassen und von den Franzosen geschlagen. Die altnapoleonischen Pläne hat der Kette nicht. Preußen und Deutschland erobern zu wollen, fällt ihm nicht ein, er will nur die Rheinlinie. Diese würde er in einem Frieden zu erlangen suchen, und es würde ihm gar nicht darauf ankommen, das alte Princip der „Entschädigungen“ wieder aufzuwärmen und mit Preußen ein anderweitiges Arrangement in Deutschland zu vereinbaren. Wer die Kosten tragen würde, sieht jeder.

Man droht mit einem Rheinbund. Mögen doch die particularistischen Blätter bedenken, was sie damit sagen! Auf einen Rheinbund würde doch wol wieder ein Freiheitskrieg folgen; und diesmal würde er keine Restauration des Particularismus mit sich führen.

Noch einmal. Ein Zusammenraffen des deutschen Bundes zur Abwendung der gemeinsamen Gefahr ist für alle Theile gleich nothwendig. Bedingungen: militärische Organisation Deutschlands nach Maßgabe der preussischen Vorschläge mit Hinzufügung der Küstenvertheidigung; Garantie für sämtliche deutsche Fürsten und Bundesstädte, daß sie von ihrer Souveränität nichts weiter einbüßen, als soviel zu dieser militärischen Organisation nothwendig ist, da doch ihre eigene Erhaltung nur durch eine solche Organisation garantirt werden kann; Garantie für das deutsche Volk, daß seine verfassungsmäßig festgestellten Freiheiten nicht von Bundeswegen aufgehoben werden können (Hessen-Cassel); endlich Garantie Venedigs. Mit diesem Vertrage könnten alle gleichmäßig zufrieden sein. Die in ähnlicher Weise bedrohten Staaten Belgien und Holland würden ihre Hilfe darin suchen; vielleicht auch die Schweiz, deren Neutralität doch jetzt sehr auf schwankenden Füßen steht; England zuverlässig und — ein Staat, den man in dieser Verbindung am wenigsten suchen sollte — Sardinien würde mit beiden Händen zugreifen. Man denke wie man will über die Art und Weise, wie dieser Staat sich vergrößert hat: jeder unbefangene Beobachter muß zugeben, daß das jetzige Resultat für jeden Freund der Menschheit das befriedigendste ist. Eine solche Coalition hätte ein russisch-französisches Bündniß nicht zu fürchten, ja sie könnte nichts sehnlicher wünschen als einen Krieg, um an Stelle des alten schlecht bewährten Gleichgewichts ein wirkliches Gleichgewicht hervorzubringen. † †